

Protokollauszug öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses gemeinsam mit dem Schulausschuss vom 20.03.2018

Zu Ö 11 Kostenloses Probeticket für Bus und Bahn zum Schulwechsel auf die weiterführenden Schulen geändert beschlossen FB 61/0877/WP17

Herr Sahm bemängelt, dass der hohe bürokratische Aufwand für den Erwerb von Gruppentickets für das Kind und seine Eltern oder Verwandte im Wert von 10,00 € bis 15,00 € für eine Probefahrt in keinem Verhältnis stünde zu den hieraus gewonnenen Erfahrungen des Kindes. Er bezweifle, dass ein Kind mit lediglich einer Fahrt das Busfahren erlernen könne und Ängste und Sorgen verlieren würde. Er plädiere daher dafür, die hierfür veranschlagten Mittel für andere Projekte einzusetzen, beispielsweise mehr in die Sicherung der Schulwege.

Frau Kirchbrücher vom Fachbereich Stadtentwicklung und Verkehrsanlagen erläutert die Hoffnung der beteiligten Akteure, dass das Angebot von möglichst vielen Familien in Anspruch genommen werde. Abfragen in den weiterführenden Schulen hätten ergeben, dass die Zahl der Schülerinnen und Schülern, die das School&Fun-Ticket nutzen würden, eher gering ausfallen würde. Dies sei unter anderem auch in der Unsicherheit der Eltern begründet. Sie hoffe, dass durch die Probefahrten sowohl die Kinder als auch ihre Eltern ein Gefühl der Sicherheit gewinnen könnten. Die Finanzmittel seien zudem zweckgebunden und somit scheide die Finanzierung anderer Projekte aus.

Herr Flecken kritisiert den Vorschlag von Herrn Sahm, die finanziellen Mittel anderweitig zu nutzen, da diese Diskussion grundsätzlich zu jedem TOP mit finanziellen Auswirkungen geführt werden könne. Die aktuelle Bring- und Abholsituation an den Schulen gestalte sich sehr chaotisch. Aus seiner Sicht könne daher bei jedem Kind, was aufgrund dieses Probetickets den ÖPNV künftig nutze, von einem Erfolg gesprochen werden.

Herr Rohé fragt sich, wie groß die Unsicherheit bei den jetzigen Viertklässlern sei, den ÖPNV zu nutzen. Je nachdem sei eine einmalige Probefahrt mit den Eltern nicht ausreichend. Vielmehr müsse dies öfters geübt werden, sodass eine Gültigkeitsdauer von einer Woche eher angemessen sei.

Herr Krott betont, dass es sich hierbei zunächst um ein Pilotprojekt und einen Versuch handele, den Individualverkehr zu regulieren. Er unterstützt die Argumentation von Herrn Flecken, dass es ein Erfolg sei, wenn durch dieses Angebot mehr Kinder den ÖPNV nutzen würden.

Frau Heider erkundigt sich danach, ob eine Evaluation des Angebots geplant sei.

Frau Kirchbrücher bestätigt, dass eine Abfrage an den Schulen erfolgen solle, wie viele Eltern die Probetickets in Anspruch genommen hätten. Es werde jedoch kein festgelegtes Ticketkontingent im Vorfeld erworben, sondern die Tickets im Nachhinein mit der Aseag abgerechnet. Es werde mit einer Inanspruchnahme von 60 % gerechnet. Sollte die Resonanz hoch sein, werde überlegt, im kommenden Schuljahr ein Entdeckerticket einzuführen. Die Konditionen für dieses Ticket müssten noch mit der Landesregierung ausgehandelt werden, beispielsweise auch in Bezug auf die Gültigkeitsdauer.

Frau Scheidt hebt hervor, dass Busfahrten für Kinder in diesem Alter keine leichte Aufgabe darstellen würden. Aus ihrer Sicht brauche es eine längere Zeit, bis sich ein Kind trauen würde, morgens allein mit dem Bus zu fahren. Es müsse ein Gefühl dafür entwickeln, wie es sich bei Verspätungen oder Busausfällen verhalten solle.

Frau Griepentrog könne die gute Absicht verstehen. Sie empfehle jedoch, das Pilotprojekt zunächst in Kooperation mit ein oder zwei Schulen durchzuführen und die Dauer auf eine Woche auszudehnen. Sollte sich hiernach eine Verbesserung der Bring- und Abholsituation abzeichnen, könne das Projekt auf weitere Schulen ausgeweitet werden.

Herr Brantin empfiehlt, die Diskussion an dieser Stelle zu beenden, da eine Entscheidung bereits im Mobilitätsausschuss getroffen worden sei und der Schulausschuss diese lediglich zur Kenntnis nehmen könne.

Herr Sahm berichtet, dass die bloße Abfrage nach den tatsächlichen Nutzerinnen und Nutzern keine Evaluation darstelle. Die Fraktion DIE PIRATEN plädiere ohnehin dafür, den ÖPNV kostenlos anzubieten.

Der Schulausschuss beschließt, das Wort „zustimmend“ im Beschlussvorschlag zu streichen.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: Ablehnung: Enthaltung:
Einstimmig.

